

**Antrag**

**Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der Freien Demokraten Respekt fördern und entschlossen gegen Gewalt in der Zivilgesellschaft eintreten**

**– Drucks. 20/5455 –**

zusammen mit

**Antrag**

**Fraktion der SPD**

**Angriffe auf Gesellschaft und Kommunalpolitik nicht tolerieren – Konsequenzen aus der Anhörung zu Ursachen, Entwicklungen und Maßnahmen gegen Bedrohung, Hass und Übergriffe**

**– Drucks. 20/5454 –**

Rede Rolf Kahnt am 10. November 2021

<https://www.youtube.com/watch?v=xk2ZIJY6nGA&t=1324s>

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Freien Demokraten initiierte Anhörung im Hessischen Landtag hat noch einmal ganz deutlich vor Augen geführt: Häufiger als in der Vergangenheit kommt es gegenüber zivilgesellschaftlich und ehrenamtlich engagierten Personen zu Übergriffen. Verbale und körperliche Gewaltbereitschaft gegenüber Kommunalpolitikerinnen und -politikern, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Polizeibeamten, Rettungskräften, Feuerwehrleuten und Gerichtsvollziehern ist leider an der Tagesordnung. Auch Lehrkräfte sind Zielscheibe und Opfer von Gewalt. Respektlosigkeit, Beleidigungen, Verachtung, Hetze und Hass sind widerliche und unmenschliche Entwicklungen. Es gilt daher, den Feinden unserer Demokratie mit allen Mitteln des Rechtsstaats nachhaltig entgegenzutreten.

Darauf zielen die Anträge der Regierungskoalition und der Freien Demokraten sowie der SPD gleichermaßen ab. Die zunehmende Verrohung in Teilen unserer Gesellschaft wird nicht länger hingenommen; und das ist gut so.

Wenn sich Anträge im Kern ähneln, kommt es auf die Unterschiede an. Fundamentale Unterschiede sind nicht zu erkennen, jedoch darin, wie und mit welchen Regelungsbedarf dem Unerträglichen entgegengesteuert werden soll.

Angriffe auf die Gesellschaft nicht zu tolerieren, ist richtig, aber immer noch zu wenig. Es gilt, Ursachen zu benennen und zu benennen, welche Maßnahmen zu treffen sind und wie Demokratieerziehung im Alltag konkret umgesetzt werden soll, damit es nicht bei Schlagworten bleibt.

Die Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes könnte eine Chance bieten. Es reicht aber nicht aus, nur Wissen über das Grundgesetz, über die Hessische Verfassung oder über die Gewaltenteilung aufzunehmen. Stattdessen sollten in Modulen und in Lehrplänen konkrete Inhalte mit Beispielen aus lebensnaher, demokratischer Wirklichkeit unterrichtlicher Gegenstand für Lehrkräfte und Schülerschaft sein. Dazu gehört, wie und wo sich Bedrohungen in unserer Demokratie offenbaren.

Die zunehmende Verrohung unserer Gesellschaft muss vor allem dahingehend untersucht werden, aus welchen Ursachen sie sich nährt. Frühkindliche Bildung ist daher ein Schlüssel. Präventive Maßnahmen sind insgesamt mehr ins Zentrum der politischen Bildung für Schülerinnen und Schüler zu rücken.

Aus diesem Grund gilt es im Grunde genommen, beide Anträge zu unterstützen, auch wenn der eine, der von der Regierungskoalition und den Freien Demokraten, mir besser gefällt.

Herzlichen Dank.